

Heinrich BADURA¹

IST INFORMATIONSGESELLSCHAFT AUCH EINE ZIVILGESELLSCHAFT?*

Der Beitrag behandelt – aufeinander aufbauend – drei Schwerpunkte: eine aktuelle begriffliche Belichtung von Informationsgesellschaft, eine Charakterisierung des gegenwärtigen, in den Dokumenten der EU verankerten, Phänomens einer Zivilgesellschaft und der impliziten Ordnungsprinzipien und – vor allem – eine ansatzweise Beantwortung der Frage, ob eine Informationsgesellschaft eine Zivilgesellschaft ist. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung geht es – wie letztlich in einem Katalog von 13 Ansatzpunkten skizziert – weniger um eine sophistische „Ja“- oder „Nein“-Antwort, sondern um einen dynamischen prozeßhaften Zusammenhang dieser zwei gesellschaftstheoretischen Kategorien. U.a. wird an dieser Stelle verdeutlicht, dass das Konstrukt einer Informationsgesellschaft seine Genese und seinen Ursprung in den rationalen Humanressourcen einer Bürgergesellschaft und nicht außerhalb von ihnen hat; die Interessenslage der Informationsgesellschaft stets als Spiegelbild real existierender und menschlich nützlicher Ausdrucksformen der Bedürfnislage der Zivilgesellschaften wahrzunehmen, anzuwenden und zu exekutieren sind; das anspruchsvolle Ziel der Entwicklung einer nachhaltigen Zivilgesellschaft eine Kohärenz mit dem Kreativitätspotenzial der Wissensgesellschaft voraussetzt und jede Art von Hegemonisierung und Homogenisierung ausschließt; die globale Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Informations- und Bürger- bzw. Zivilgesellschaft eine vorurteilsfreie, konstruktive Inkorporierung des Dialogs der Kulturen voraussetzt und sowohl eine gesellschaftsbildende Netzwerkstruktur als auch eine ihnen zugrunde liegende Wertevielfalt impliziert.

Das Thema Informationsgesellschaft zählt nicht gerade zu jenen Themen, die im internationalen wissenschaftlichen Diskurs als zeitfrisch und neuartig anzusehen wären.² Einen offiziellen europäischen Startschuss erhielt diese – was die Folgen für Mensch und Gesellschaft betrifft – schier uferlose, allgegenwärtige Entwicklung, mit der Veröffentlichung des Bangemann Berichtes³ im Jahre 1994. Das Papier kann u. U. mehr oder weniger als eine Anlehnung an das Aktionspapier der Clinton/Gore-Administration zur Schaffung einer Nationalen Informations-Infrastruktur gesehen werden. Es bleibt unbestritten,

¹ MinRat Prof. DDr. Heinrich Badura, kierownik w departamencie ds. Integracji w Federalnym Ministerstwie Nauki w Wiedniu, prezydent Europejskiej Akademii Badań nad Życiem, Integracją i Społeczeństwem Obywatelskim EALIZ (www.ealiz.eu).

² Der Autor befasst professionell sich mit dieser Materie seit dem Beginn der Aufbauzeit der Informationsgesellschaft d.i. seit Anfang der 90-er Jahre, seit jener Zeit, in der das Thema Informationsgesellschaft für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften und letztlich der Europäischen Union zu einem führenden, zunehmend allgegenwärtigen und – sowohl politisch als auch wissenschaftlich und gesellschaftlich – zentralen multipolitischen Handlungs- und Gestaltungszielpunkt wurde.

³ Siehe Aktionsplan von 1994 "Europas Weg in die Informationsgesellschaft", (KOM(94)347 endg. v. 19.07.1994), in dem einzelne Maßnahmen zur Bildung und Entwicklung der Informationsgesellschaft festgelegt wurden. Vgl.: W. Hofkirchner, Theorien der Informationsgesellschaft: <http://icts.unisalzburg.at/media/pdf/pdf1519.pdf> Die gesamte Reihe der Basisdokumente ist via CELEX, CORDIS, EUR-Lex aber auch in einschlägigen national-europäischen Datenbanken zugänglich und abrufbar; siehe erg. dazu http://europa.eu/documentation/order-publications/databases-alphabetical/index_de.htm

dass in allen einschlägigen Grunddokumenten der Markt als der Schlüsselfaktor zur Erreichung einer Informationsgesellschaft für Alle in den Vordergrund gestellt wird.⁴ Der Anspruch dieses Basisdokuments und aller Folgeinitiativen, Teilprogramme und Aktionslinien lässt keinen Zweifel daran offen, dass es hierbei in letzter Konsequenz um eine umfassende, bahnbrechende Transformation sowohl gesellschaftsstruktureller Natur als auch des daran geknüpften Selbstverständnisses der Bürgerinnen und Bürger, aller Lebensbereiche und aller mit ihnen korrespondierenden Politiken handelt. Die international präsente und allgemein zugängliche Fülle an - in dieser Perspektive -durchgehend neu aufgelegten nationalen Programme, Aktionslinien, die damals außerordentlich intensive Befassung nationaler Parlamente und Regierungen mit dieser Thematik, lassen an Transparenz nichts zu wünschen.⁵

Was sind nun der Sinn und der Zweck, die Zielvorstellung und die implizite Sinngebung einer Gesellschaftsstruktur und -ordnung, die als Informationsgesellschaft registriert wird und so auch wahrgenommen und gelebt werden soll? „Das Ziel und der Sinn aller damit verknüpften Maßnahmen war und ist der Aufbau eines multisektoralen, digitalen Europas, die Schaffung von Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen die den Weg zum Wohlstand und Frieden für alle bahnen, deren Nachhaltigkeit sicherstellen und Europa selbst bis zum Jahre 2010 zum einschlägigen Sieger im globalen Wettbewerb, zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft der Welt machen sollten.“⁶

Übergänge – begriffliche Belichtung

Die Frage: Was ist – sowohl aus der Perspektive einer gesellschaftstheoretischen Betrachtung als auch in der Wahrnehmung eines kollektiven Phänomens - das eine und was ist das andere? muss einfach gestellt werden, um auf diese Art überhaupt eine Voraussetzung für eine Vertiefung dieses Schwerpunktbeitrags grund zu legen.

⁴ "The market will drive, it will decide winners and losers...". Zit. nach S. Krempel/Telepolis/im Gespräch mit M. Bangemann über den europäischen Weg in die Informationsgesellschaft, 19.10.1997

⁵ Nachdem die Standpunkte des Verfassers dieses Beitrags zum multilateralen Entwicklungsprozess der europäischen Informationsgesellschaft im Rahmen seiner jahrelangen Forschungs-, Lehr- und Vortragstätigkeit wiederholt geäußert wurden und in diversen Veröffentlichungen zur Verfügung stehen, wird an dieser Stelle von einer neuerlichen Darlegung der Prozesshaftigkeit der daran gekoppelten Transformationspolitiken Abstand genommen und lediglich versucht, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit, die Anlass bezogen vorgegebene Themenstellung: *Ist die Informationsgesellschaft auch eine Zivilgesellschaft?* näher zu verdeutlichen. Siehe Anm. 1-2

⁶ EUROPÄISCHER RAT, 23. und 24. März 2000, LISSABON, SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES, hier: Der Weg in die Zukunft, P. 5; Vgl. dazu : H. Badura, Die Informationsgesellschaftspolitik Europas und der Stellenwert des Menschen, 107. In: G.Banse / A. Kiepas (Hrsg.) Visionen der Informationsgesellschaft 2016, Trafo Verlag, Berlin 2008; weitere Hinweise: Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Rolle der Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele von Lissabon, Amtsblatt Nr. C 292 vom 24/11/2005 S. 0003 – 0004; Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Mobilisierung des intellektuellen Potenzials Europas: So können die Universitäten ihren vollen Beitrag zur Lissabonner Strategie leisten, Amtsblatt Nr. C 292 vom 24/11/2005 S. 0001 – 0002, Entschließung zu den Anschlussmaßnahmen zur Lissabon-Strategie, Amtsblatt Nr. C 308 vom 18/12/2003 S. 0018 - 0021

Informationsgesellschaft

Unter Informationsgesellschaft versteht man gesellschaftstheoretisch eine organisierte, dynamische Form menschlicher und zwischenmenschlicher Koexistenz und Interaktion, in welcher der Anwendung und Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien eine gestalterisch wesentliche Rolle zukommt. Wollte man dabei von konstruktivistischen Ordnungsprinzipien reden, so wäre es durchaus zutreffend, in einer fortwährend optimierten Einsetzung und Anwendung jeweils modernster Formen dieser Technologien das wesentliche Identitätsmerkmal der in einer bestimmten Zeit und in einem gleichermaßen bestimmten Raum bestehenden Gesellschaften festgemacht zu sehen.

Die postulierte Vorherrschaft der Technologien muss jedoch nicht zwingend als in- bzw. antihuman interpretiert werden, zumal eine *avocatio* der Priorität des Menschen in zahlreichen einschlägigen Dokumenten der Organe der Europäischen Union zum ständigen Standard ihrer Textgestaltung gehört. Das bedeutet, dass, entgegen einem, sich bereits in den 90er Jahren formierenden Widerstand bestimmter Gruppen gegen die zunehmende und offiziell geförderte Allmacht der Informations- und Kommunikationstechnologien, eine politische Bedachtnahme auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, auf die soziale Relevanz der Aufbaukräfte der Informationsgesellschaft – zumindest dem Wortlaut nach - stets zu beobachten war.

Die sozialetische Dimension des Aufbaus einer Informationsgesellschaft für alle ist wahrscheinlich am prägnantesten im Kommissionsdokument „Herausforderungen für die europäische Informationsgesellschaft ab 2005“⁷ umschrieben. Dort sind auch die zentralen politischen Handlungsfelder für „eEurope 2010“ definiert. Im Kap.4.2. unter dem Titel „Digitale Integration und Bürgerbeteiligung“ heißt es: „Unter dem Schlagwort ‚digitale Integration‘ (eInclusion) wird der gleichberechtigte Zugang zu den IKT-Diensten und deren allgemeine Verfügbarkeit für alle Menschen zu erschwinglichen Kosten angestrebt. Mit der steigenden Verbreitung der IKT in der Gesellschaft nimmt die Bedeutung dieser Politik zu. Beim Schlagwort ‚Bürgerbeteiligung‘ (Citizenship) geht es um die Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben, aber auch um neue Fragen im Zusammenhang mit der zunehmenden Nutzung der IKT im täglichen Leben. Neue und komplexe Technologien bergen die Gefahr in sich, dass einige Teile der Gesellschaft nicht damit umgehen können. Die Einbeziehung aller Menschen in die Informationsgesellschaft sollte sowohl auf nationaler wie auch regionaler und örtlicher Ebene angegangen werden.“

Die Europäische Kommission war sich bereits damals der kühnen Tatsache bewußt, dass die Vorherrschaft auf dem Soft- und Hardwaremarkt Asien und Amerika gehört und, dass es einfach keinen Sinn macht, auf dieser Ebene in einen interkontinentalen Wettbewerb einzusteigen. Sie zog daraus – gesellschafts- und forschungspolitisch - durchaus evident entsprechende Konsequenzen und erklärte die „Entdeckung“ des Sozialen im Wirkungsbereich neu entstehender technologisch basierter Netzwerke zu Ihrem Pioniersfeld. Die politische Entscheidung der EU in Richtung Hervorhebung der gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der Computerisierung und Digitalisierung des

⁷ KOM(2004) 757 endg.

Humanlebens auf allen Ebenen und die Berücksichtigung der Frage der sozialen Verträglichkeit dieser Entwicklung war somit kein Zufall. Gesamtheitlich betrachtet, kann die soeben angezeigte Schlußfolgerung als eine Art identitätsstiftende Richtungsentscheidung gesehen werden.

Nach einer relativ kurzen Periode, die unscharf gesehen schon um das Jahr 1996 datiert werden kann, signalisiert die offizielle Dokumentation einen Übergang von der Informations- zur Wissensgesellschaft. Die bisherige Rede von einer Informationsgesellschaft erfährt immer deutlicher einen Wandel zugunsten des strukturtheoretischen Ansatzes eines europäischen Wissensraumes. Wissen und nicht bloße Information wird zum Brennpunkt europäischer Politiken und zum zentralen Wert auf dem Weg zu einer nachhaltigen Sicherung und Weiterentwicklung des Wohlstands und des Arbeitsmarktes erhoben. Ein solcher Wandel hatte und hat unmittelbare Auswirkungen auf den Status quo des Hochschul- und Universitätswesens, was allerdings kein Thema dieses Beitrags ist.

Auf der thematischen Website der GD Informationsgesellschaft in der Fassung vom Herbst 2009, wollte man sich auf jeden Fall gegen den Vorwurf einer einseitigen Bejahung und Förderung des Technologischen abgesichert haben, indem man den Nutzer – unter dem Motto: „Leben verbessern - Chancen für die Zukunft schaffen“⁸ - eher ungewöhnlich mit einem Bekenntnis zum Ganzheitsprinzip konfrontiert. Im Wortlaut hieß es damals:

„Die GD Informationsgesellschaft und Medien verfolgt bei der Verwirklichung der Informationsgesellschaft ein ganzheitliches Konzept, das ein sich entwickelndes Regulierungsumfeld vorsieht, in dem der Wettbewerb einen hohen Stellenwert hat und Entscheidungen über Technologien dem Markt überlassen werden. Weitere Elemente sind ein Forschungsprogramm der Spitzenklasse, in dem die Ressourcen Europas gebündelt werden, um eine weltweite Führungsrolle zu erreichen, sowie eine Reihe von Programmen, um die breitere Nutzung und die Demonstration innovativer Technologien zu fördern und zu gewährleisten, damit deren Vorteile allen zugute kommen.“⁹

⁸ http://ec.europa.eu/dgs/information_society/index_de.htm

⁹ Zitat v. Fabio Colasanti, Generaldirektor, European Commission - Information Society and Media, am 10. April 11:20 Uhr noch abrufbar auf http://www.pixelcoast.de/home/projekte/kat/animationen/detail/dg_infso_sustainable_growth/ Die aktuelle Mandatsbeschreibung unter der Leitung des neuen Generaldirektors Robert Madelin, lautet: Alle Europäer online

Die Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien (GD INFSO) hat die Aufgabe, allen Europäern Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu verschaffen, und zwar durch

- Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes,
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas durch mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung im IKT-Bereich,
- Erleichterung des Zugangs und des Einsatzes der IKT zum Nutzen der Gesellschaft in der EU,
- Umsetzung des so genannten Besitzstands der Gemeinschaft, d.h. des grundlegenden EU-Regelwerks im Bereich Informationsgesellschaft und Medien.

Dieses Mandat wird durch Umsetzung der in der digitalen Agenda für Europa und in den entsprechenden Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 festgelegten Ziele erfüllt.

Eine umfassende Auseinandersetzung mit dem vernetzt und komplex bestehenden, dynamischen gesellschaftstheoretischen Zugang und sozialpolitischen Phänomen der Informationsgesellschaft erlaubt gegenwärtig folgende, im Themenbereich dieses Beitrags relevante,

Thesen:

- Der offene Vollzug einer gesellschaftlichen Transformation zugunsten einer Informationsgesellschafts-Ordnung wird allgemein, öffentlich und politisch als bereits umgesetzt vermittelt.
- Die aktuellen Tendenzen konzentrieren sich in diesem Bereich auf Fragen der Optimierung und Weiterentwicklung des Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im Interesse einer anwendungsorientierten arbeitsmarkt- und wettbewerbsrelevanten Wissensvermittlung.
- Fragen der Sicherheit sowohl in der Wissensgewinnung als auch in der Wissensverarbeitung, Wissensdistribution und in der weiteren Wissensforschung sind von wesentlicher Bedeutung.
- Der marktorientierten Wissenproduktion und –verarbeitung kommt dabei – nicht zuletzt unter der allgegenwärtigen vernetzten, sowohl direkten als auch indirekten Pressuren der Situation der Finanz- und Wirtschaftsmärkte - eine Schlüsselrolle zu.
- Es ist eine verstärkte Besinnung auf Fragen gesellschaftlichen Zusammenhalts, sozialer Gerechtigkeit und der Schaffung realer Zugänge zu nachhaltig wohlstandsschaffenden Ressourcen für Alle zu registrieren.
- Der Bedarf nach Einführung normativer Regelsysteme wird zunehmend als unabkömmlicher, impliziter Standard wissenschaftlicher Aktivitäten, wirtschaftlicher Tätigkeiten und politischer Handlungen angesehen.

Zivilgesellschaft

Nach Auffassung der Europäischen Kommission ist eine allgemein gültige Definierung dieses Phänomens nicht gegeben. Der Begriff Zivilgesellschaft wird vom Begriff Bürgergesellschaft nicht differenziert, sondern - einschließlich der medialen Präsentation - in der Regel austauschbar angewandt.

Im Weißbuch über das europäische Regieren¹⁰ ist die Sichtweise der Europäischen Kommission wie folgt: "Die Zivilgesellschaft spielt insofern eine wichtige Rolle, als sie den Belangen der Bürger eine Stimme verleiht und Dienste erbringt, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen. [...] Die Zivilgesellschaft betrachtet Europa mehr und mehr als eine gute Plattform für politische und gesellschaftliche Veränderungen. [...] Dies bietet

Für Neelie Kroes, für Digitale Agenda zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, bedeutet die aktuelle Politik der EU: "Es ist meine Priorität, dass wir in Europa zusammenarbeiten um zu gewährleisten, dass Informationstechnologie unser tägliches Leben verbessert - sowohl für Bürger als auch für Unternehmen." http://ec.europa.eu/dgs/information_society/index_de.htm

¹⁰ KOM(2001) 428 endg.

eine echte [...] Chance, um die Bürger aktiver an der Verwirklichung der Unionsziele zu beteiligen und ihnen strukturierte Kanäle für Feedback, Kritik und Protest anzubieten." Als Ansprechpartner gelten hier „z.B. die Arbeitsmarktparteien (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände - auch "Sozialpartner" (7) genannt); Vertretungsorganisationen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, die nicht Sozialpartner im engeren Sinn sind (beispielsweise Verbraucherorganisationen); NRO (Nichtregierungsorganisationen), in denen Menschen gemeinsame Ziele verfolgen (Umweltorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtseinrichtungen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen usw.); CBO ("community-based organisations"), also Organisationen, die aus der Mitte und von der Basis der Gesellschaft her entstehen und mitgliederorientierte Ziele verfolgen, z.B. Jugendorganisationen, Familienverbände und alle Organisationen, über die die Bürgerinnen und Bürger am Leben in den Kommunen teilnehmen können, sowie Religionsgemeinschaften (8).

Die ‚organisierte Zivilgesellschaft‘ bildet somit die Grundstruktur der Gesellschaft außerhalb der staatlichen und öffentlichen Verwaltung, wozu auch Wirtschaftsakteure gehören, die generell nicht als ‚dritter Sektor‘ oder NROs angesehen werden. Der Begriff hat den Vorteil, dass alle einbezogen werden, und zeigt, dass der Gedanke dieser Organisationen tief in den demokratischen Traditionen der Mitgliedstaaten der Union verwurzelt ist.“

Wer sich die adäquate Website ansieht¹¹, der kann lesen: „Es gibt keine gemeinsame oder rechtliche Definition des Begriffs ‘organisierte Zivilgesellschaft’. In den Konsultationsstandards finden Sie unter dem Kapitel ‚Die besondere Rolle der organisierten Zivilgesellschaft‘ einige Erläuterungen zu diesem Thema.

Es sei angemerkt, dass die Konsultationspolitik der Kommission nicht zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen Arten von Interessengruppen unterscheidet. Die Kommission konsultiert ‚interessierte Parteien‘. Dazu zählen alle, die an den von der Kommission durchgeführten Konsultationen teilnehmen möchten.“¹²

In diesem Kontext spricht Sie vorzugsweise von der beachtlichen Bedeutung einer „organisierten Zivilgesellschaft“. Ich zitiere: „Auch wenn sich die Zielgruppen von Konsultationsverfahren entsprechend den Umständen ändern, sollten alle gesellschaftlich wichtigen Interessensgruppen Gelegenheit haben, ihre Meinung zu äußern.

In diesem Zusammenhang spielt die organisierte Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle, da sie einen umfassenden politischen Dialog ermöglicht. Aus diesem Grund wurde im Weißbuch über das europäische Regieren darauf verwiesen, dass diese Organisationen in das Konsultationsverfahren einbezogen werden müssen. Die Kommission befürwortet insbesondere ein kohärentes Vorgehen, was die Vertretung der organisierten Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene betrifft.

Diese besondere Rolle der organisierten Zivilgesellschaft in modernen Demokratien ist eng verbunden mit dem in Artikel 12 der EU-Grundrechtecharta (6) verankerten Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger, Vereinigungen zu bilden, um ein gemeinsames Ziel zu verfolgen. Die Mitgliedschaft in einer Vereinigung bietet dem Bürger eine weitere Mög-

¹¹ http://ec.europa.eu/civil_society/index_de.htm

¹² http://ec.europa.eu/civil_society/apgen_de.htm#6

lichkeit, sich neben der Mitarbeit in politischen Parteien oder durch Wahlen aktiv zu beteiligen.“¹³

Die medialen Auseinandersetzungen rund um die Rolle der Zivilgesellschaften im Lichte der Entwicklung einer europäischen Informations- bzw. Wissensgesellschaft haben ihre letzten lautstarken Höhepunkte in Bezug auf den Weltgipfel über die Informationsgesellschaft vom 10.-12. Dezember 2003 in Genf und 16.-18. November in Tunis (Globalisierung und Cyberspace) im Jahre 2005 erfahren¹⁴. Der europäische Slogan: zuerst Information dann Wissen für Alle wurde hier in einer etwas abgewandelten Form und zwar als IKT für alle transmittiert. In der Verpflichtungserklärung von Tunis, im P. 5 lesen wir: „Der Gipfel von Tunis stellt eine einzigartige Gelegenheit dar, das Bewusstsein dafür zu schärfen, welchen Nutzen die Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien) der Menschheit bringen können und auf welche Weise sie die menschlichen Tätigkeiten, die zwischenmenschlichen Beziehungen und das Leben der Menschen an sich verändern und so das Vertrauen in die Zukunft stärken können.“¹⁵ Und im P. 9. heißt es unmissverständlich: „Wir bekräftigen die Entschlossenheit unserer Bemühungen, dafür zu sorgen, dass ein jeder die Chancen nutzen kann, die die IuK-Technologien bieten, indem wir daran erinnern, dass die Regierungen, der Privatsektor, die Zivilgesellschaft sowie die Vereinten Nationen und die anderen internationalen Organisationen zusammenarbeiten sollen, um den Zugang zu Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen und -technologien sowie zu Informationen und Wissen zu verbessern, Kapazitäten aufzubauen, das Vertrauen und die Sicherheit beim Einsatz der IuK-Technologien zu erhöhen, ein förderliches Umfeld auf allen Ebenen zu schaffen, IuK-Anwendungen zu entwickeln und auszuweiten, die kulturelle Vielfalt zu fördern und zu achten, die Rolle der Medien anzuerkennen, den ethischen Dimensionen der Informationsgesellschaft Rechnung zu tragen und die internationale und regionale Zusammenarbeit zu fördern. Wir bestätigen, dass es sich hierbei um die wesentlichen Grundsätze für den Aufbau einer inklusiven Informationsgesellschaft handelt, deren Wesenszüge in der Genfer Grundsatzerklärung näher ausgearbeitet sind.“¹⁶

Ferner im Punkt 37. „Wir sind überzeugt, dass unsere Ziele durch die Einbeziehung, Zusammenarbeit und Partnerschaft der Regierungen und der anderen Interessenträger, d. h. des Privatsektors, der Zivilgesellschaft und der internationalen Organisationen, verwirklicht werden können und dass internationale Zusammenarbeit und Solidarität auf allen Ebenen unerlässlich sind, wenn die Vorteile der Informationsgesellschaft allen zugute kommen sollen.“¹⁷

Danach ist es um diesen Diskurs, einschließlich eines angemessenen medialen Interesses, ruhiger geworden. Eine Art Renaissance ist in der Zeit danach erst im Kontext

¹³http://ec.europa.eu/civil_society/consultation_standards/index_de.htm#_Toc40694348 s. dazu KOM(2002)704; vgl.: Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft, world summit on the information society, Geneva 2003 – Tunis 2005 und Sozialenzyklika: Caritas in Veritate, 29.06.2009, bes.Kap.3 und Kap.6

¹⁴Siehe dazu, W. Kleinwächter, Globalisierung und Cyberspace, Teil 1 von 6, 24. August 2006, Der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft weist den Weg, in : http://gipfelthemen.de/globalegemeinschaft/gipfel_reformen/ex_kleinwachter_1_060817.shtml

¹⁵Dokument WSIS-05/TUNIS/DOC/7-E 18. November 2005, siehe <http://www.un.org/depts/german/conf/ws-05-tunis-doc7.pdf>

¹⁶Ebd.

¹⁷Ebd.

der Referenden zum Vorschlag einer europäischen Verfassung durch Frankreich und Niederlande im Jahre 2005 zu vermerken, dies jedoch nicht im Kontext der Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft sondern ausschließlich auf der Ebene der Frage der Bildung einer europäischen Öffentlichkeit und in weiterer Folge Bürgerschaft.

Im Lissabonner Vertrag über die Europäische Union ist an sich von den Völkern, Bürgerinnen und Bürgern Europas die Rede. Eine direkte Anwendung des Terminus „Zivilgesellschaft“ war es mir möglich nur im Art. 15 zu finden in dem es heißt: „Um eine verantwortungsvolle Verwaltung zu fördern und die Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherzustellen, handeln die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union unter weitestgehender Beachtung des Grundsatzes der Offenheit“.

Das aktuelle Grünbuch zur Europäischen Bürgerinitiative und den darin postulierten Öffentlichen Konsultationen v. 11.11.2009¹⁸ nimmt auf die Vielfalt von Interdependenzen zwischen der Informationsgesellschaft und Bürger- bzw. Zivilgesellschaft keinen Bezug.

Thesen

- Die Wahrnehmung der Folgen einer multidisziplinären Globalisierung aller Lebenssphären fördert das individuelle Bedürfnis der Zivilgesellschaften, deren Bürgerinnen und Bürger nach mehr Partizipation an Entscheidungsprozessen, deren Ergebnisse mit der individuellen und gemeinschaftlichen Lebensgestaltung und Lebensqualität - sei es direkt oder indirekt - korrelieren.
- Dem allgemeinen Zugriff auf die Ressourcen der Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und dem ihnen inhärenten Transformationspotential kommt dabei in umfassender Weise eine essentielle Bedeutung zu.
- Die Organisation der jeweiligen Einrichtungen und Organisationen der Zivilgesellschaft auf der einen und die Durchführung gemeinsamer, multi- und interorganisatorischer Initiativen auf der anderen Seite geschehen nahezu ausschließlich in ikt-gestützter Form.
- Ihrem Selbstverständnis nach sind diese Organisationseinrichtungen in besonderer Weise dazu prädestiniert, Lebens- und Partnerschaftsmodelle zu entwickeln und zu etablieren, die für die Entwicklung einer wahrhaft nachhaltigen Gesellschaft dringend zu beachten sind.
- Der international zunehmende unaufhaltsame Prozess realer Demokratisierung setzt ein dynamisch begriffenes wachsendes Maß an bürgerlicher wertebasierter politischer Reife voraus.

¹⁸ KOM /2009/ 622 endg. Siehe dazu:
http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_de.htm und die dazugehörige Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:065:0001:0022:DE:PDF>

Ist Informationsgesellschaft auch eine Zivilgesellschaft?

Eine Antwort auf diese gewissermaßen sophistische Frage kann keinen exklusiven Ja - oder Nein-Charakter haben. Eine vorsichtige Herangehensweise erlaubt in diesem Zusammenhang folgende Zugangsmöglichkeiten:

1. Das Theorem einer Informations- & Wissensgesellschaft steht grundsätzlich nicht im Widerspruch zum oben geschilderten - sowohl seitens der institutionalisierten Regierungsseite als auch seitens der organisierten, multilateralen Nicht-regierungsebene akzeptierten - Verständnis einer modernen Zivilgesellschaft.
2. Es gilt stets zu bedenken, dass das dynamische Konstrukt einer Informationsgesellschaft seine Genese und seinen Ursprung in den rationalen Humanressourcen, im geistigen Leistungspotential einer Bürgergesellschaft und nicht außerhalb von ihnen hat. Schlichter formuliert: es handelt sich dabei um gesellschaftliche und multipolitische Transformationsvisionen von Menschen für den bzw. für die Menschen, auf der Grundlage naturwissenschaftlich präziser und sozialwissenschaftlich fundierter Forschungsleistungen.
3. Die Subjekte der Informationsgesellschaft sind mit den Subjekten der Zivilgesellschaft als identisch zu sehen, anzuerkennen und angemessen zu operationalisieren. Der vernetzte und der real lebende Mensch sind eins. Das reale und das virtuelle Humanleben werden von ein und demselben Subjekt gelebt, eine Vielschichtigkeit des Selbst ist risikobehaftet aber nicht zwingend ablehnungswürdig.
4. Die Aus- bzw. Folgewirkungen der Realisierung der Informationsgesellschaft dürfen nicht zu einer Ent- und Verfremdung der Bürgerin und des Bürgers führen bzw. neue Formen gesellschaftlicher Spaltung und sozialer Ungerechtigkeit hervorbringen.
5. Eine Konkordanz beider Gesellschaftsordnungen setzt eine lückenlose Implementierung der Bürgerrechte in die Organisations- und Legitimierungsstrukturen der Informations- bzw. Wissensgesellschaft und eine dementsprechende faktische Beachtung in der alltäglichen Organisation von Lebensstrukturen voraus.
6. Der jeweils multi- und transdisziplinär evidente und existentiell äquivalente Grad der Koexistenz beider Organisationsstrukturen ein und derselben Gesellschaft entscheidet über deren legitim schöpferisches Ineinander-Sein.
7. Die Interessenlage der Informationsgesellschaft ist stets als Spiegelbild real existierender und menschlich nützlicher Ausdrucksformen der Bedürfnislage der Zivilgesellschaften wahrzunehmen, politisch zu respektieren und zu exekutieren.
8. Das anspruchsvolle Ziel der Entwicklung einer nachhaltigen Zivilgesellschaft setzt eine Kohärenz mit dem Kreativitätspotential der Wissensgesellschaft voraus und schließt jede Art von Hegemonisierung und Homogenisierung aus.

9. Die globale Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Informations- und Bürgergesellschaft impliziert eine vorurteilsfreie, konstruktive Inkorporierung des Dialogs der Kulturen, einer gesellschaftsbildenden Netzwerkkultur und der ihnen zugrunde liegenden Wertevielfalt.
10. Die Umsetzung einer fortwährend nachhaltigen, zukunftsschaffenden Symbiose beider Paradigmen setzt ein angemessenes kognitives Verständnis und emotionales Einverständnis aller an deren Prozesshaftigkeit teilnehmenden, optimalerweise mitwirkenden, Bürgerinnen und Bürger voraus.
11. Das Wirklichkeit-Werden einer solchen Vision steht und fällt mit dem jeweiligen Wirklichkeit- Machen, d.i. mit der Intensität, Effizienz und generellen Qualität der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung.
12. Eine beidseitige umfassende gegenständliche Ist-Analyse führt zu der Schlüssel-erkenntnis, dass die Antwort auf die Frage dieses Beitrags: Ist Informationsgesellschaft auch eine Zivilgesellschaft? und die in diesem Zusammenhang oben skizzierten Optionsmöglichkeiten eine der größten Herausforderungen an den Menschen, an die Bürgerin und an den Bürger von heute darstellt.
13. Über den Ausgang dieser durchaus riskanten Herausforderung werden nicht die einem permanenten Wandel unterworfenen Form- und Namensvielfalt der gesellschaftlichen Ordnungen und Strukturen, sondern die chancenhafte Qualität subjektiven Nachhaltigkeitswissens und eine angewandte Nachhaltigkeitsethik ausschlaggebend sein.

Von Karl Jaspers (1883-1969) stammt die Aussage: „Die Zukunft ist als Raum der Möglichkeiten der Raum unserer Freiheit.“

*Dieser Beitrag ist eine teils überarbeitete und aktualisierte Fassung eines gleichnamigen Vortrags, den der Autor im Rahmen der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz: „Europäische Informationsgesellschaft. Gestern – heute – morgen, in Rzeszów, 23. – 24.11.2009, gehalten hat.

CZY SPOŁECZEŃSTWO INFORMACYJNE JEST SPOŁECZEŃSTWEM OBYWATELSKIM?

W artykule zostały przedstawione trzy aspekty: aktualne wyjaśnienie pojęcia społeczeństwa informacyjnego, charakterystykę współczesnego, zakotwiczonego w dokumentach unijnych, fenomenu społeczeństwa obywatelskiego wraz z implikowanymi zasadami porządkującymi oraz, przede wszystkim, próbę odpowiedzi na pytanie, czy społeczeństwo informacyjne jest społeczeństwem obywatelskim. W ramach konfrontacji z tymi zagadnieniami, jak naszkicowano na zakończenie w katalogu 13 kryteriów, chodzi nie tyle o sofistyczną odpowiedź „tak” lub „nie”, ile o dynamiczną procesualną współzależność tych dwóch kategorii socjologicznych. W tym miejscu zwrócono uwagę na to, że konstrukt „społeczeństwo informacyjne” ma swoją genezę i swoje źródło w racjonalnych zasobach ludz-

kich społeczeństwa obywatelskiego, a nie poza nimi, że konfigurację interesów w społeczeństwie informacyjnym należy postrzegać, stosować i egzekwować zawsze jako lustrzane odbicie realnie istniejących i użytecznych dla ludzi form wyrazu konstelacji potrzeb społeczeństw obywatelskich, że ambitny cel rozwoju zrównoważonego społeczeństwa obywatelskiego zakłada koherencję z potencjałem kreatywności [właściwym dla] społeczeństwa wiedzy i wyklucza jakąkolwiek hegemonizację i homogenizację oraz że globalna konfrontacja z problemem stosunku, jaki zachodzi między społeczeństwem informacyjnym a społeczeństwem obywatelskim, wymaga wolnej od uprzedzeń i konstruktywnej inkorporacji dialogu kultur i implikuje zarówno socjotwórczą strukturę sieciową jak i leżący u jej podstaw pluralizm wartości.

IS THE INFORMATION SOCIETY A CIVIL SOCIETY?

The article presents three aspects: the current explanation of the concept of information society, the characteristics of modern, anchored in the EU documents phenomenon of civil society, together with the implied arranging rules and, above all, a try to answer the question of whether the information society is a civil society. The confrontation with these issues, as outlined in the catalog at the end of 13 criteria, is not so much about sophistic answer "yes" or "no" as a processual dynamic interdependence of these two categories of sociology. At this point it was noted that the construct of "information society" has its origin and its source in human resources in a rational society, not outside them, that the configuration of interest in the information society should be considered, applied and enforced as the mirror image is always really existing and useful to people in forms of expression of the constellation of civil society's needs that the ambitious goal of sustainable development of civil society implies coherence with the potential of creativity [appropriate for] the knowledge society and disclaims any hegemonization and homogenization, and that the global confrontation with the problem of the relation between the information society and the civil society requires free from prejudices and constructive dialogue between cultures and incorporation and implies both socio- network structure and the underlying pluralism